

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Lkr. Landsberg am Lech

Bebauungsplan

Leitenweg-West, 1. Änderung

Planfassung 07.02.2024 (Entwurf)

Abwägung der Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 05.03.2024 bis 05.04.2024.

07.08.2024 | Az.: SOD 2-58

A Eingegangene Stellungnahmen

	Verfasser	Datum	Art
1	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürstenfeldbruck	27.03.2024	Keine Einwände
2	Ammerseewerke gKU	08.03.2024	Hinweise
3	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege	04.03.2024	Hinweise
4	Bayernwerk Netz GmbH	04.03.2024	Hinweise
5	Bistum Augsburg - Bischöfliche Finanzkammer	04.03.2024	Keine Einwände
6	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	27.02.2024	Keine Einwände
7	Deutsche Bahn AG - DB Immobilien	12.03.2024	Hinweise
8	Eisenbahn Bundesamt	07.03.2024	Keine Einwände
9	Energienetze Bayern	27.03.2024	Hinweise
10	Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern	20.03.2024	Keine Einwände
11	Kreisfeuerwehrverband Landsberg am Lech	07.04.2024	Hinweise
12	Landratsamt Landsberg a. Lech – Untere Bauaufsichtsbehörde	04.03.2024	Keine Einwände
13	Landratsamt Landsberg a. Lech – Untere Immissionsschutzbehörde	05.03.2024	Keine Einwände
14	Regierung von Oberbayern – Bergamt Südbayern	26.03.2024	Keine Einwände
15	Regierung von Oberbayern – Brandschutz	07.03.2024	Hinweise
16	Regierung von Oberbayern – Höhere Landesplanungsbehörde	27.02.2024	Keine Einwände
17	Regionaler Planungsverband München	26.03.2024	Keine Einwände
18	Staatliches Bauamt Weilheim	27.02.2024	Keine Einwände
19	Deutsche Telekom Technik GmbH	14.03.2024	Hinweise
20	Wasserwirtschaftsamt Weilheim	02.04.2024	Keine Einwände
21	Stellungnahme der Öffentlichkeit A	05.04.2024	Hinweise

B Stellungnahmen mit Anregungen, Bedenken, Einwendungen oder Hinweise

2. Ammerseewerke gKU

Stellungnahme

Gesammeltes Niederschlagswasser von bebauten oder befestigten Flächen ist über eine flächenhafte Versickerung abzuleiten. Die Versickerung ist genehmigungsfrei, sofern die Voraussetzungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) und der Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENGW) eingehalten werden.

Unterirdische Versickerungsanlagen wie Rigolen, Sickerrohre oder -schächte sind nur zulässig, wenn eine flächenhafte Versickerung nicht möglich ist und eine entsprechende Vorreinigung erfolgt.

Ist eine Versickerung auf dem jeweiligen Grundstück nicht möglich, so kann das Niederschlagswasser in den Vorfluter (Regenwasserkanal/ Mischwasserkanal/ Gewässer/...) eingeleitet werden.

Erfolgt die Einleitung von Niederschlagswasser in einen Kanal der Ammerseewerke gKU, so werden ggfs. im Rahmen der Zulassung der Grundstücksentwässerungsanlage Auflagen zur gedrosselten Einleitung von gesammeltem Niederschlagswasser der bebauten und befestigten Flächen festgesetzt. Die Dimensionierung der dadurch benötigten Rückhalteräume ist gemäß dem Arbeitsblatt DWA-A117 zu ermitteln.

Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung beachtet. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Stellungnahme

Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange:

Zusätzlich zur Stellungnahme vom 21.11.2023 bedarf es keiner weiteren Einlassungen der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme verweist auf die Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung, auf die damalige Abwägung wird verwiesen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

4. **Bayernwerk Netz GmbH**

Stellungnahme

Mit dem Schreiben vom 20.11.23 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits eine weiterhin gültige Stellungnahme zum Verfahren abgegeben.

Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen.

Das Portal erreichen Sie unter: www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html

Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme verweist auf die Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung, auf die damalige Abwägung wird verwiesen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / 0

7. **Deutsche Bahn AG - DB Immobilien**

Stellungnahme

Bei dem geplanten Bebauungsplanverfahren sind die nachfolgenden Bedingungen / Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen zu beachten und einzuhalten.

Wir verweisen auf unsere Stellungnahmen vom 07.11.2023 TÖB-BY-23-168893.
Die Stellungnahme ist nach wie vor gültig und zwingend zu beachten.

Sollten sich durch die Bauleitplanung zu einem späteren Zeitpunkt für den Eisenbahnbetrieb sicherheitsrelevante Auswirkungen ergeben bzw. festgestellt werden, behält sich die DB AG weitere Bedingungen und Auflagen vor.

Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme verweist auf die Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung, auf die damalige Abwägung wird verwiesen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

9. Energienetze Bayern

Stellungnahme

Im genannten Bereich befinden sich Erdgasleitungen der Energienetze Bayern GmbH & Co. KG. Einen Lageplan haben wir beigelegt.

Aktuell sind von unserer Seite keine Baumaßnahmen in diesem Bereich in Planung.

Wir bitten um Beachtung:

- 1) Leitungstrassen sind von Bebauungen und Baumbepflanzung freizuhalten.
- 2) Bei der Gestaltung von Pflanzgruben müssen die Regeln der Technik eingehalten werden. Diese beinhalten, dass genügend Abstand zu unseren Versorgungsleitungen eingehalten wird, oder ggf. Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

Sollte Interesse an einer Versorgung mit Erdgas für die Bauvorhaben bestehen, oder sollten Sie Fragen haben, steht Ihnen Herr Josef Niklas, Mitarbeiter Netzvertrieb/ Planung und Bau unter 08141 50 22 14 oder unter josef.niklas@energienetze-bayern.de gerne zur Verfügung.



Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung beachtet. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

11. Kreisfeuerwehrverband Landsberg am Lech

Stellungnahme

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

- 1) Die Feuerwehruzufahrten sowie Bewegungsflächen sind nach DIN 14090 einzurichten und zu unterhalten.
- 2) Die Löschwasserversorgung ist nach dem Regelwerk DVGW-W 405 sicher zu stellen.
- 3) Die Richtlinie über die Flächen der Feuerwehr sind einzuhalten sowie die technischen Baubestimmungen.

Abwägungsvorschlag

Gemäß der Stellungnahme der Regierung von Oberbayern – Brandschutz vom 07.03.2024 sind Wendeanlagen zur Nutzung für Feuerwehrfahrzeuge mit einem Durchmesser von 18 m herzustellen (bei Drehleitern 21 m). Die in der Planzeichnung festgesetzte Wendeanlage wurde im Rahmen der 1. Änderung nicht verändert und entspricht dem ursprünglichen Bebauungsplan „Leitenweg-West“ i.d.F. vom 23.05.2012. Die festgesetzte Wendeanlage hat einen Durchmesser von ca. 13,7 m, ist im Bestand jedoch noch nicht umgesetzt. Zur Abstimmung wurde eine erneute Anfrage an den Kreisbrandrat gestellt. Die Rückmeldung vom 08.07.2024 lautet wie folgt:

Seitens der Brandschutzdienststelle kann ich im Bereich des abwehrenden Brandschutzes der Abweichung so zwar zustimmen, fraglich ist die Abstimmung im Bereich Abfallwirtschaft, da ich davon ausgehe, dass der Wendehammer für Müllfahrzeuge auch nicht ganz unwesentlich ist.

Voraussetzung für die Zustimmung Seitens der Brandschutzdienststelle ist aber die Sicherstellung, dass sich im Wendebereich keinerlei weiteren Hindernisse wie abgestellte Fahrzeuge, Bepflanzungen, Mülltonnen etc. befinden.

Demzufolge wird an der ursprünglichen Bemessung der Wendeanlage festgehalten. Die Flächensicherung zur Umsetzung der Wendeanlage soll weiterverfolgt werden. Nach Herstellung der Wendeanlage werden straßenverkehrsrechtliche Regelungen zur Freihaltung des Wendebereichs getroffen.

Grundsätzlich wird hinsichtlich der noch nicht erfolgten Umsetzung der Wendeanlage auf die vorhandene Straßenbreite von ca. 7,0 m verwiesen, die ein Rückwärtsfahren in Notsituationen ermöglicht.

Bzgl. der Müllfahrzeuge ist festzuhalten, dass gem. § 16 DGUV Vorschrift 43 "Müllbeseitigung" Erschließungsstraßen von Sammelfahrzeugen nicht befahren werden dürfen, wenn keine Wendeanlage vorhanden ist. Demzufolge sind bis zur Herstellung der Wendeanlage die Müllbehältnisse durch die Anwohner zur Landsberger Straße zu bringen.

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird gemäß Abwägung zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 11 / Nein 1

15. Regierung von Oberbayern – Brandschutz

Stellungnahme

Bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen sind für den durch die Gemeinde sicherzustellenden Brandschutz – Art. 1 des Bayer. Feuerwehrgesetzes – grundsätzlich folgende allgemeine Belange des abwehrenden Brandschutzes (Durchführung wirksamer Löscharbeiten und Rettung von Personen) zu überprüfen und bei Bedarf im Benehmen mit dem Kreisbrandrat durchzuführen:

- 1) Das Hydrantennetz ist nach den Technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) – Arbeitsblätter W 331 und W 405 – auszubauen. Gegebenenfalls ist der Löschwasserbedarf nach dem Ermittlungs- und Richtwertverfahren des ehem. Bayer. Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz zu ermitteln.
- 2) Die öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzulegen, dass sie hinsichtlich der Fahrbahnbreite, Kurvenkrümmungsradien usw. mit den Fahrzeugen der Feuerwehr jederzeit und ungehindert befahren werden können. Die Tragfähigkeit muss dazu für Fahrzeuge bis 16 t (Achslast 10 t) ausgelegt sein. Hierzu wird auch auf die DIN 14 090 „Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken“ verwiesen.

Es muss insbesondere gewährleistet sein, dass Gebäude ganz oder mit Teilen in einem Abstand von höchstens 50 m von den öffentlichen Verkehrsflächen erreichbar sind.

Bei Sackgassen ist darauf zu achten, dass die sog. „Wendehammer“ auch für Feuerwehrfahrzeuge benutzbar sind. Zur ungehinderten Benutzung ist ein Wendeplatzdurchmesser von mind. 18 m, für Feuerwehreinsätze mit einer Drehleiter DL(K) 23-12 ein Durchmesser von mind. 21 m erforderlich. Gegebenenfalls sind Verkehrsbeschränkungen (Halteverbot) zu verfügen.

- 3) Aus Aufenthaltsräumen von nicht zu ebener Erde liegenden Geschossen muss die Rettung von Personen über zwei voneinander unabhängige Rettungswege gewährleistet sein. Bei baulichen Anlagen ohne besondere Art und Nutzung und einer Bauhöhe unterhalb der Hochhausgrenze kann der zweite Rettungsweg auch über die Leitern der Feuerwehr sichergestellt werden, wenn die Feuerwehr über das erforderliche Rettungsgerät (z.B. Drehleiter DL(K) 23-12 o.ä.) verfügt. Sofern innerhalb der Hilfsfrist von 10 Minuten der zweite Rettungsweg über entsprechend ausreichende Leitern der Feuerwehr nicht sichergestellt werden kann, sind zwei voneinander unabhängige bauliche Rettungswege (notwendige Treppen) erforderlich.
- 4) Bei Aufenthaltsräumen im Dachgeschoss müssen die notwendigen Fenster mit Leitern der Feuerwehr direkt anleiterbar sein (zweiter Rettungsweg).

Im Übrigen verweisen wir auf die "Planungshilfen für die Bauleitplanung", Fassung 2020/2021, herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, insbesondere auf den Abschnitt II 3 Nr. 35 -Brandschutz-. Wir haben uns nur aus der fachlichen Sicht des Brandschutzes geäußert und diese Äußerung innerhalb der Regierung nicht abgestimmt.

Abwägungsvorschlag

Gemäß der Stellungnahme sind Wendeanlagen zur Nutzung für Feuerwehrfahrzeuge mit einem Durchmesser von 18 m herzustellen (bei Drehleitern 21 m). Die in der Planzeichnung festgesetzte Wendeanlage wurde im Rahmen der 1. Änderung nicht verändert und entspricht dem ursprünglichen Bebauungsplan „Leitenweg-West“

i.d.F. vom 23.05.2012. Die festgesetzte Wendeanlage hat einen Durchmesser von ca. 13,7 m, ist im Bestand jedoch noch nicht umgesetzt. Zur Abstimmung wurde eine Anfrage an den Kreisbrandrat gestellt. Die Rückmeldung vom 08.07.2024 lautet wie folgt:

Seitens der Brandschutzdienststelle kann ich im Bereich des abwehrenden Brand-schutzes der Abweichung so zwar zustimmen, fraglich ist die Abstimmung im Bereich Abfallwirtschaft, da ich davon ausgehen, dass der Wendehammer für Müllfahr-zeuge auch nicht ganz unwesentlich ist.

Voraussetzung für die Zustimmung Seitens der Brandschutzdienststelle ist aber die Sicherstellung, dass sich im Wendebereich keinerlei weiteren Hindernisse wie ab-gestellte Fahrzeuge, Bepflanzungen, Mülltonnen etc. befinden.

Demzufolge wird an der ursprünglichen Bemessung der Wendeanlage festgehalten. Die Flächensicherung zur Umsetzung der Wendeanlage soll weiter verfolgt werden. Nach Herstellung der Wendeanlage werden straßenverkehrsrechtliche Regelungen zur Freihaltung des Wendebereichs getroffen.

Grundsätzlich wird hinsichtlich der noch nicht erfolgten Umsetzung der Wendeanla-ge auf die vorhandene Straßenbreite von ca. 7,0 m verwiesen, die ein Rückwärts-fahren in Notsituationen ermöglicht.

Bzgl. der Müllfahrzeuge ist festzuhalten, dass gem. § 16 DGUV Vorschrift 43 "Müll-beseitigung" Erschließungsstraßen von Sammelfahrzeugen nicht befahren werden dürfen, wenn keine Wendeanlage vorhanden ist. Demzufolge sind bis zur Herstel-lung der Wendeanlage die Müllbehältnisse durch die Anwohner zur Landsberger Straße zu bringen.

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird gemäß Abwägung zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

19. Deutsche Telekom Technik GmbH

Stellungnahme

Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben PTI Aktenzeichen 2023606 vom 15.11.2023 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.

Damit das Baugebiet mit moderner Telekommunikationstechnik erschlossen werden kann, benötigen wir von Ihnen zunächst einige wenige Angaben zur vorgesehenen Bebauung.

Bitte beachten Sie:

Wir benötigen die Daten auch im Falle der Erweiterung eines bestehenden Bauge-bietes, da der Ausbau des erweiterten Bereichs in Glasfasertechnik erfolgen könnte auch wenn der vorhandene Bereich in herkömmlicher Kupfertechnik ausgebaut ist.

Zu Ihrer Information:

Die Deutsche Telekom Technik GmbH entscheidet an zentraler Stelle ob und wie die Telekommunikationsinfrastruktur des Baugebiets errichtet wird. Die Entschei-

derung erfolgt anhand einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, deren Grundlage Angaben zur Anzahl der vorgesehenen Wohneinheiten und Gewerbeeinheiten sowie zu eventuellen Ausbauabschnitten sind.

Die benötigten Daten können Sie uns einfach anhand des beiliegenden Datenerfassungsbelegs für Neubaugebiete zukommen lassen. Ohne Angabe dieser Daten kann die Erschließung des Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur der Telekom nicht erfolgen.

Wir bieten Ihnen auch eine optimierte Abwicklung der Erschließung an. Bitte entnehmen Sie Einzelheiten hierzu der beigelegten Information zum Weilheimer Modell.

Hinweise zum Datenerfassungsblatt für Neubaugebiete:

Die Daten werden von uns benötigt um entscheiden zu können, ob das Baugebiet von der Deutschen Telekom

- nicht erschlossen wird (weil ein anderer Provider die Universaldienstleistungsverpflichtung übernimmt)
- in herkömmlicher Kupfertechnik gebaut wird
- in Glasfasertechnik (FTTH) gebaut wird

Sollten die Daten bis zum Beginn der Erschließungsmaßnahmen nicht vorliegen und verarbeitet sein, so tritt folgende Situation ein:

- das Baugebiet ist uns praktisch unbekannt, da der Prozess zur Bearbeitung der Ausbauentcheidung durch unsere Zentrale aufgrund fehlender Daten nicht gestartet werden konnte
- es erfolgt keine Teilnahme an Spartenterminen, da über die Art des Ausbaus nicht entschieden wurde und somit Aussagen über Trassen und Standorte von Gehäusen nicht möglich sind
- der Beginn unserer Baumaßnahme verzögert sich
- die Bewohner sind zum Zeitpunkt des Einzugs eventuell nicht mit Telefon / Internet versorgt

Wir bitten Sie deshalb, uns die Daten so bald wie möglich zukommen zu lassen.

Wichtig: Bitte beachten Sie unsere Hinweise zur optimierten Erschließung des Baugebiets im Rahmen unseres Weilheimer Modells.

Abwägungsvorschlag

-/-

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung beachtet. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

21. Stellungnahme der Öffentlichkeit A (EigentümerIn Grundstück Fl.Nr. 532/6)

Stellungnahme

Zur 1. Änderung des Bebauungsplanes hätte ich im Rahmen der Auslegung folgenden Änderungsbedarf.

Unter A 5.1 wird u.A. die Ausführung der Stützmauern aus Naturstein oder Holz gefordert.

Im bestehenden Bebauungsplan gab es diese Forderung nicht. Bei meinem bereits ausgeführten Haus sind die Stützmauern weitaus überwiegend in Naturstein ausgeführt. Bei Hausnummer 7a habe ich jedoch aus technischen Gründen und weil dies zulässig ist L-Steine aus Beton verwendet, um vom im bestehenden Bebauungsplan noch vorgegeben OK Fertigfußbodenniveau an der Terrasse auf das Niveau des natürlichen Geländes runterzukommen.

Ich bitte daher um Streichung dieser Forderung für mein Grundstück WA3 bzw. Aufnahme einer Ausnahme für bereits vor Bebauungsplanänderung ausgeführte Stützmauern oder eine gleichwertige Regelung, die den bereits ausgeführten Status berücksichtigt.

Ich bitte freundlichst um Berücksichtigung und Bestätigung.

Abwägungsvorschlag

Für genehmigte bauliche Anlagen gilt Bestandsschutz, eine Anpassung der Stützmauer bzw. die Aufnahme einer Ausnahme im Bebauungsplan ist nicht erforderlich. Für neue Stützmauern ist die vorgesehene Regelung bzgl. Stützmauern zu beachten. An der ergänzten Festsetzung zu Stützmauern wird festgehalten. Dahingehend ist festzuhalten, dass die planzeichnerisch festgesetzte Höhenkote nicht mehr der Fertigfußbodenhöhe des Erdgeschosses entspricht und eine Anpassung der Abgrabungen zur Flexibilisierung der Höhenentwicklung erfolgte.

Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme wird gemäß Abwägung zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planunterlagen ist nicht veranlasst.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

C Sonstiges

Hinweis Artenschutz

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde der Hinweis zum Artenschutz gemäß der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde angepasst.

Der Hinweis C 6.1 wurde demnach wie folgt angepasst (Änderungen gegenüber Vorentwurf in roter Schrift):

Die Anforderungen des speziellen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG sind zu beachten.

~~Rodungen, Gehölzrückschnitte/Rückschnitte bzw. auf den Stock setzen von Gehölzen sowie Baufeldräumungen dürfen nur außerhalb der Vogelbrutzeit im Zeitraum vom 01.10. bis 28.02. vorgenommen werden, sofern vorab keine Kontrolle auf Fledermausbesatz und Brutvögel durch Fachpersonal stattgefunden hat.~~

Zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gem. §§ 39 und 44 BNatSchG dürfen Hecken, Gebüsche oder Gehölze nur vom 1. Oktober bis 28. Februar (außerhalb der Vogelbrutzeit) auf den Stock gesetzt oder entfernt werden. Vor der Entfernung von Bäumen sind diese – auch in der gesetzlich zulässigen Zeit aufgrund potentieller Fledermaus-Quartiere – von einem qualifizierten Sachverständigen auf Brutstätten und Höhlen zu überprüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist der unteren Naturschutzbehörde vor der Fällung vorzulegen. Sollten während der Fällung besetzte Brutstätten oder Höhlen gefunden werden, sind die Fällarbeiten unverzüglich einzustellen und die untere Naturschutzbehörde ist zu informieren.

(...)

Zur einheitlichen Handhabung der Hinweise zum Artenschutz in Bebauungsplänen der Gemeinde Schondorf soll diese Änderung rückgängig gemacht werden. Der bisherige Hinweis wird für ausreichend erachtet. Dies begründet sich auch mit den ohnehin geltenden Anforderungen des speziellen Artenschutzes gemäß BNatSchG sowie der vorhandenen Baumschutzverordnung. Wird die Fällung bestehender Bäume beantragt, die gemäß Baumschutzverordnung geschützt sind, erfolgt eine Begutachtung durch die gemeindliche Baumschutzkommission. Bei kleineren Bäumen, die nicht durch die Baumschutzverordnung geschützt sind, ist davon auszugehen, dass ohnehin keine geeigneten Habitatstrukturen vorhanden sind. Der geänderte Passus des Hinweises ist daher nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Änderung des Hinweises wird zur Klarstellung vorgenommen.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0 !! nochmal überlegen!!!

D Beschlussvorschlag Verfahrensbeschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Schondorf nimmt vom Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung der Öffentlichkeit Behördenbeteiligung, Kenntnis.

Der Gemeinderat der Gemeinde Schondorf beschließt den Bebauungsplan „Leitenweg-West“ – 1. Änderung mit Begründung in der Fassung vom 28.08.2024 unter der Maßgabe, dass die beschlossene Klarstellung in den Bebauungsplan eingearbeitet wird, als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt den Bebauungsplan „Leitenweg-West“ – 1. Änderung in der Fassung vom 28.08.2024 ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: JA 12 / Nein 0

München/Schondorf 28.08.2024